

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 5 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über das Recht auf eine gesunde Umwelt und die Natur als Rechtspersönlichkeit / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Die Anfrage beinhaltet zwei verwandte Themen, nämlich wie die Welt betrachtet werden kann sowie das Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Einerseits geht es um das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt und andererseits um die Frage nach der Rechtspersönlichkeit von Naturobjekten, also um die Rechte der Natur. Das Recht auf eine gesunde Umwelt wurde von der Uno 2020 als Menschenrecht anerkannt, und die Schweiz hat sich international sehr stark dafür eingesetzt. Wir alle wollen saubere Luft zum Atmen, reines Wasser trinken und mit wenig Lärmbelastung schlafen können. Es ist schade, dass der Bund keine Schritte zur Umsetzung unternommen hat, denn er sieht keinen Bedarf, die Verfassung anzupassen, obwohl das notwendig wäre. Wie aus der Antwort des Regierungsrates zu entnehmen ist, zeigt sich auch der Kanton Luzern entsprechend passiv. Er steht zwar zum vorgesehenen Umweltschutz, sieht aber keinen Handlungsbedarf für eine Weiterentwicklung. Das ist schade, denn eine gesunde Umwelt für alle ist noch nicht Tatsache. Die zweite Frage lautet, ob natürliche Objekte eine Rechtspersönlichkeit erhalten sollen. Diese Idee mag durchaus etwas exotisch klingen, gleichzeitig wurde sie aber in vielen Ländern bereits umgesetzt, etwa in Spanien. Dort wurden einer Lagune Rechte erteilt, um sie vor einer Übernutzung zu schützen. Bei der Idee handelt es sich weder um eine Revolution noch muss ein neuer Rechtsstaat erfunden werden. In den jetzigen Rechtsstaaten können Personen die Interessen der Natur ebenso vertreten wie diejenigen von juristischen Personen, also Firmen. Wieso sollte man das tun? Wir befinden uns in einem Zeitalter mit zunehmenden Spannungsfeldern zwischen der Nutzung der Natur und dem Leben von uns Menschen. Auf diese Weise kann das Verhältnis zwischen Mensch und Natur neu ausgehandelt und die Interessen der intakten Natur können geschützt werden. Deshalb ist es umso interessanter, dass im Kanton Luzern eine Volksinitiative lanciert werden soll, die genau in diese Richtung geht. Man will der Reuss eine Rechtspersönlichkeit geben: die Rechtsperson Reuss. Ich habe keine Verbindung zu den Initianten, aber ich finde die Idee spannend, den menschlichen Lebensraum Reuss, der auch Lebensraum für Pflanzen und Tiere ist, besser zu schützen. Ich würde mich freuen, wenn dieses Projekt zustande käme und wir die politische Diskussion darüber führen könnten. Ich hoffe, dass die etwas ratlosen Antworten des Regierungsrates in ein paar Jahren etwas anders ausfallen werden und der Kanton die Weiterentwicklung des

Rechtsstaates in diese Richtung angeht.

Sofia Galbraith: Wir Menschen sind Teil der Natur und unserer Umwelt. Aus diesem Grund müssten wir alle Wege beschreiten und jene prüfen, welche die Klimakrise abschwächen können, und falsche Wege, die beschritten wurden, rückgängig machen. Ein prüfbarer Weg ist, der Umwelt und der Natur die Rechtspersönlichkeit zuzusprechen, damit diese uns Menschen und unserer zerstörerischen Handlung gegenüber die Möglichkeit erhält, sich auf dem Rechtsweg zu wehren. Wir erkennen mehr und mehr, dass unser menschliches Handeln gegenüber der Natur und der Umwelt auch schwerwiegende Folgen für uns selbst hat, da wir Teil der Natur sind, wie es die Klimakrise aufzeigt, in der wir gerade stecken. Aus diesem Grund begrüsst die SP-Fraktion die vorliegende Anfrage und auch die aufschlussreichen Antworten der Regierung, die helfen, den richtigen Weg zu finden, um den Interessen der Umwelt und der Natur gegenüber anderen Interessen Gehör zu verschaffen.

Sandra Meyer-Huwyl: Beim erstmaligen Lesen ist mir die Anfrage sehr suspekt vorgekommen. Es ist richtig und wichtig, dass jeder Mensch das Recht auf eine gesunde Umwelt hat. Für die SVP-Fraktion ist es aber wichtig, dass so viel wie möglich auf dem Grundbedürfnis der Nahrungsmittelproduktion vor Ort basiert, damit der ökologische Fussabdruck bei uns bleibt und nicht noch mehr in andere Länder verschoben wird. Die Lebenserwartung der Menschen wird immer höher. Im Schnitt werden Herr und Frau Schweizer 84 Jahre alt. Seit 1900 hat sich unsere Lebenserwartung fast verdoppelt, auch in anderen Ländern. Stimmen die Lebensbedingungen, steigt auch die Lebenserwartung. Wir werden immer älter, und immer mehr Menschen belasten die Umwelt, auch global. Es gibt uns zu denken, dass die Natur eine Rechtspersönlichkeit erlangen soll. Das erinnert uns an das Verbandsbeschwerderecht, also an eine pure Verhinderungstaktik. Wir haben grossen Respekt vor unserer Natur. Am Schluss dürfen wir den Wald nicht mehr betreten, geschweige denn einen Baum fällen, weil er uns verklagen könnte. Aber wir haben doch auch ein Recht auf Wärme und könnten zurückklagen. Dadurch würden wir die Gerichte noch mehr beschäftigen. Wie die Regierung in ihrer Antwort richtig ausführt, sind in unserem Land wie auch in unserem Kanton genügend Instrumente und die erforderlichen Werkzeuge vorhanden, die dem Umweltschutz und der Nachhaltigkeit dienen. Es braucht nicht noch mehr Verschärfungen, um unsere jetzt schon eingeschränkte Freiheit mit noch mehr Verboten einzuengen. Wir von der SVP stehen schon lange für Eigenverantwortung und gesunden Menschenverstand ein.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Nach Ansicht der Mitte-Fraktion ist die Antwort des Regierungsrates schlüssig. Der Adressat für eine Rechtspersönlichkeit der Natur oder von Teilen der Natur ist der Bund, erst im Anschluss daran können die Kantone aktiv werden. Ich lebe am Rand eines der grössten Naturschutzgebiete, des Wauwilermooses. Wenn wir zu unserer Umwelt und zu solchen Naturschutzgebieten wirklich Sorge tragen wollen, geht es vor allem darum, dass sich die Menschen einigen und gegenseitigen Respekt zeigen. Wie in der Antwort des Regierungsrates aufgezeigt wird, verfügen der Bund und der Kanton Luzern bereits über gewisse Mittel. Uns scheint es wichtig, das Bewusstsein für eine gesunde Umwelt weiter zu schärfen. Der Umweltschutz muss aber auch so umgesetzt werden, dass er bezahlbar und machbar ist. Uns allen ist eine gesunde Umwelt wichtig, im Speziellen auch für unsere Nachkommen.

Rolf Born: Die FDP-Fraktion erachtet die Antwort des Regierungsrates als umfassend und kompetent. Sie gibt die aktuelle Sach- und Rechtslage wieder. Für uns ist es aber entscheidend, dass bereits heute umfassende Grundlagen rechtlicher Natur bestehen, die den Schutz unserer Natur und unserer Landschaft, aber auch jene der Tierwelt auf allen Ebenen sicherstellen und gewährleisten. Denken Sie bitte daran: Unsere Kantonsverfassung sagt

in § 3, dass jede und jeder von uns Verantwortung für sich selbst und die Mitverantwortung zur Erhaltung der Lebensgrundlagen übernehmen muss. Diese Verantwortung können Sie nicht an weitere gesetzliche Grundlagen delegieren. Für die FDP liegt es in der Verantwortung von uns allen, den künftigen Generationen gut erhaltene natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. So steht es auch in unserem Parteiprogramm. Wir alle müssen die Auswirkungen unseres Handelns auf die Natur beachten, und es braucht zielführende Massnahmen, die immer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sind. Nur dann sind sie wirksam und finanzierbar, und nur dann werden sie von der Bevölkerung akzeptiert und umgesetzt. Zusätzliche rechtliche Grundlagen führen aus unserer Sicht lediglich zu mehr Bürokratie, denn auch eine Rechtspersönlichkeit der Natur oder der Reuss müsste organisiert, strukturiert und finanziert werden. Wer würde für die Reuss entscheiden? Hat sie blaues oder dunkles Wasser, oder hat sie Hochwasser und vermittelt dadurch etwas? Gibt es eine Delegiertenversammlung der Anwohnenden, die nach Vereinsrecht erklärt, wie sie sich fühlt und was sie für Anforderungen an die Wirtschaft und die Bevölkerung hat und ob es sinnvoll ist, die Reuss mit Gummibooten zu befahren oder nicht? Für uns sind vor allem Innovationen, Fortschritt und optimale Rahmenbedingungen zielführend. Wir sind nach wie vor von der Eigenverantwortung und der Innovationskraft der Menschen und der Unternehmen in der Schweiz überzeugt. Aktuell sehen wir in zusätzlichen Regulierungen keinen Mehrwert.

Sabine Heselhaus: Laut Ihren Voten müssten wir woanders stehen. Wenn man aber sieht, wo die Schweiz und der Kanton Luzern mit dem Verlust der Biodiversität stehen, ist das, was Sie hier propagieren, anscheinend nicht erfüllt. Der Vorstoss ist aus einer Art Ohnmacht gegenüber dem entstanden, was tatsächlich die Grundlage unseres Lebens zerstört. Ich bitte darum, diese Ohnmacht zu sehen. Wenn wir nach dem Recht greifen müssen, sind wir schon sehr weit. Es wäre schön, dass das, was in einem Parteiprogramm steht, auch erfüllt wird. Wir müssen eine Bestandesaufnahme machen, um zu sehen, ob die Natur ein Recht braucht oder nicht.

Andy Wandeler: Wir stehen also einer Ohnmacht gegenüber. Setzen wir uns deshalb dafür ein und schützen nicht nur den Fluss oder den Baum, sondern unsere Schweiz, und setzen wir uns dafür ein, keine Zehn-Millionen-Schweiz zu werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Antwort der Regierung ist überhaupt nicht ratlos. Wir haben die Anfrage korrekt beantwortet, vor allem in Bezug auf den rechtlichen Teil. Rolf Born hat die Kantonsverfassung zitiert. Auch ich weise gerne nochmals auf die Kantonsverfassung hin. Ich glaube es ist unsere Sache, vor allem die Ihres Rates, die verschiedenen Interessen, zu denen auch eine intakte Lebensgrundlage gehört, zu gewichten und entsprechende Massnahmen zu beschliessen, denn auch wenn die Natur eine Rechtspersönlichkeit hätte, sind immer noch die Gesetze entscheidend. Die Gesetze machen Sie. Diese Gesetze werden angewandt, und die Richter entscheiden nur darüber, ob diese Gesetze korrekt umgesetzt werden. Es ist Aufgabe der Politik, mehrheitsfähige Lösungen zu finden, die von der Bevölkerung akzeptiert werden und die wir zugunsten der Umwelt umsetzen können. Wir brauchen nicht mehr Rechtsfälle und Rechtsstreitereien, sondern mehr Lösungen, auch politische.